

Fachbetrieb für historische Fahrzeuge

Die KFZ-Innung Braunschweig hat mit der Firma Bornemann einen Vertrag geschlossen, damit sich das Unternehmen „Fachbetrieb für historische Fahrzeuge“ nennen darf. Es ist der erste seiner Art in Braunschweig.

Das Unternehmen darf nun das Zusatzzeichen „Fachbetrieb für historische Fahrzeuge“ zum blau-weißen Schild „Meisterbetrieb der Kfz-Innung“ führen. Um dieses Zeichen tragen zu dürfen, habe der Meisterbetrieb einen vertraglich festgelegten Pflichtenkatalog erfüllen müssen, erklärte Geschäftsführer der Handwerkskammer Andreas Bierich während der Übergabe.

In dem Vertrag verpflichtete sich der Kfz Meisterbetrieb, vorgegebene Standards bei der Wartung und Instandsetzung der Auto-Legenden zu erfüllen. Bierich erläuterte: „Die Vergabekriterien betreffen die betriebliche Ausstattung ebenso wie die Qualifikation der Mitarbeiter. Der anerkannte Fachbetrieb muss zumindest spezialisierte Arbeitsplätze ausweisen, die den Ansprüchen der Oldtimerwartung, -pflege, -instandhaltung und -reparatur entsprechen.“ Hierzu zähle auch der Nachweis über geschützte Lagermöglichkeiten, um ausgebaute Teile systematisch und sicher aufzubewahren.

Die Nachfrage nach Oldtimern sei hoch, berichtete Bierich. Der Bestand in Deutschland betrage 335 000 Fahrzeuge. Bislang gebe es etwa 1500 Betriebe bundesweit, die sich als Fachbetrieb den Fahrzeugen annehmen.

Börse für Ausbildungsplätze

Die Arbeitsagentur veranstaltet am Donnerstag, 4. Februar, erneut eine Ausbildungsplatzbörse. Sie findet in der Zeit von 14 bis 17 Uhr im Berufsinformationszentrum (BIZ) an der Münchenstraße statt.

Dabei haben Ausbildungsbetriebe und Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz die Möglichkeit, direkt miteinander in Kontakt aufzunehmen. Arbeitgeber können an neuhandenen Informationsständen über das Unternehmen informieren und ihre Ausbildungsstellen anbieten.

Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Anschreiben werden dazu Jugendliche eingeladen, die für den Ausbildungsbeginn August/September 2010 oder schon für das Jahr 2011 einen Ausbildungsplatz suchen.

„Habenicht“ wird versteigert

Eines der bekanntesten Gebäude der Stadt geht in die Zwangsversteigerung – die Traditionsgaststätte „Mutter Habenicht“ im Papenstieg.

Eine Erbengemeinschaft will das Gebäude aus der Mitte des 19. Jahrhunderts versteigern lassen. An der Nutzung des Fachwerkhäuses werde sich allerdings nichts ändern, versicherten die Pächter. Die Gaststätte bleibe erhalten. Auch an den Räumlichkeiten der Gaststätte werde sich nichts ändern. js

Zwei Supermärkte in Rautheim

Rautheim werde auch im nächsten Jahr über zwei Supermärkte verfügen. Das teile Edeka mit. Das Unternehmen korrigierte die Stellungnahme in unserer gestrigen Ausgabe, wonach zum Jahresende beide Rautheimer Märkte geschlossen und ein neuer Markt öffnen werde.

„Der Betreiber des Marktes an der Gemeindefeldstraße wird auch nach Eröffnung des neuen Marktes weitermachen. Es wird nur der Markt am Ackerberg schließen“, berichtete gestern Edeka-Sprecher Andreas Laubig. js

Donnerstag Entscheidung über Streik

Gewerkschaft Verdi: Schwierige Verhandlungen im kommunalen Verkehrsgewerbe

Von Jörn Stachura

Die Verkehrs-AG richtet sich auf einen Streik der Fahrer von Bussen und Bahnen am Montag, 8. Februar, ein. Die Gewerkschaft Verdi will davon nichts wissen.

Am Donnerstag hat sich erstmals Braunschweigs Streikausschuss der Verdi-Vertrauensleute getroffen. Koordinator Freddy Pedersen sagt: „An diesem Wochenende beginnt die zweite Verhandlungsrunde in Potsdam, die bis dienstags dauert. Wir wollen nächsten Donnerstag entscheiden, ob es zu Arbeitsniederlegungen in Braunschweig kommt.“

Die Gewerkschafter wollen dann das Zwischenergebnis aus Potsdam bewerten. „Wenn die Arbeitgeber

ein Angebot vorlegen sollten, über das man verhandeln kann, wird es sicherlich keinen Streik geben“, so Pedersen.

Falls nicht, ist damit zu rechnen, dass die Gewerkschaft über Arbeits-

dings weit komplizierter als in anderen Bundesländern dar. Der Braunschweiger Hermann Hane, Verdi-Verhandlungsführer in Niedersachsen, berichtet davon, dass die Gewerkschaft zum 31. Dezember des vergangenen Jahres den Manteltarifvertrag für das kommunale Verkehrsgewerbe gekündigt habe. Dort werden zum Beispiel Arbeitszeit und Gehalt festgelegt.

Hane berichtet von zwei Verhandlungsrunden, die bislang ohne Ergebnis geblieben seien. Die dritte Verhandlungsrunde werde am Mittwoch stattfinden. „Am Donnerstag werden wir das Ergebnis mit unse-

ren Vertrauensleuten der Verkehrs-AG diskutieren. Wir warten auf ein verhandlungsfähiges Angebot.“

Doch das Problem liegt offenbar auch im Detail. In Potsdam wird zwar über einen Tarifvertrag der kommunalen Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verhandelt. Allerdings hätte eine Einigung dort zunächst keine direkten Folgen für die Mitarbeiter im niedersächsischen Verkehrsgewerbe. Hane: „Es fehlt bislang der Passus im Tarifvertrag, dass ein Tarifergebnis auf Bundesebene automatisch in den Tarifvertrag in Niedersachsen übernommen wird.“

Dies könnte bedeuten, dass es zwar auf Bundesebene zu einer Einigung kommt, das kommunale Verkehrsgewerbe in Niedersachsen aber um einen neuen Tarifvertrag streiten müsste.

„Wir warten auf ein verhandlungsfähiges Angebot“



Hermann Hane, Verdi

niederlegungen den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen wird. Zumal am 10. Februar die dritte Verhandlungsrunde beginnen soll.

Im Verkehrsgewerbe stellt sich die Situation in Niedersachsen aller-

Plan für Supermarkt am Schwarzen Berg

Verwaltung: Eigentümer des Einkaufszentrums will nicht in Modernisierung und Erweiterung investieren

Von Jörn Stachura

Die Stadt Braunschweig will die Nahversorgung im Schwarzen Berg verbessern. Am Warnekamp will die Stadt ein Grundstück zur Verfügung stellen, damit dort ein Supermarkt gebaut werden kann.

Bereits am 16. März will der Verwaltungsausschuss über den Vorschlag entscheiden. Damit könnte ein jahrelanges Hin und Her über die Verbesserung der Nahversorgung für 4500 Bewohner im Stadtteil enden.

Auslöser war vor mehr als sechs Jahren die Schließung des Sparmarktes im Einkaufszentrum Ligusterweg. Im Anschluss verblieb den Bewohnern nur noch ein Markt mit 320 Quadratmetern Verkaufsfläche. Die Verwaltung befürchtet, dass ein Markt dieser Größe sich nicht auf Dauer tragen können und die Bewohner plötzlich ganz ohne Nahversorgung auskommen müssen.

Gleichwohl hat es immer wieder Verhandlungen mit Investoren gegeben. Ziel war zunächst, im Einkaufszentrum einen neuen Markt anzusiedeln. Die Verwaltung fuhr allerdings zweigleisig: Es stand die Idee im Raum, ein ehemaliges Schulgrundstück am Warnekamp mit einem Supermarkt bebauen zu lassen.

Priorität hatte allerdings eine Ansiedlung im Einkaufszentrum. Dieser Plan scheint nunmehr gescheitert zu sein. Wegen fehlender Investitionsbereitschaft der Eigentümer, so die Verwaltung gegenüber dem



Am Warnekamp möchte die Verwaltung ein Grundstück für einen Supermarkt ausweisen. Dort befand sich einst eine Sandgrube, die schon während des Krieges mit Hausmüll verfüllt wurde. Foto: Peter Sierigk

Bezirksrat Nordstadt, sei im Mai 2008 ein Betreiber abgesprungen. Im Herbst 2009 habe dann die Eigentümerverwaltung mitgeteilt, dass mit Modernisierung und Erweiterung des Einkaufszentrums nicht zu rechnen sei. Die Kosten von mehr als einer halben Millionen Euro

wolle der Eigner, eine Fondsgesellschaft, nicht tragen.

Und so schwenkt nun die Stadtverwaltung um. Die ursprüngliche Planung, das ehemalige Schulgrundstück mit Häusern bebauen zu lassen, soll aufgegeben werden. Das neue Planungsziel lautet: ein Nah-

versorgungsmarkt für den Schwarzen Berg. Bezirksbürgermeister Wolfgang Pause dämpft Optimismus: „Supermarkt-Betreiber erwarten Durchgangsverkehr. Der fehlt im Schwarzen Berg. Außerdem liegen auf dem vorgesehenen Grundstück noch Altlasten.“

Oberbürgermeister: „Torpedieren alle Pläne“

Vorbedingung für Gespräche mit Eckert & Ziegler: Kein Atom-Müll aus der Asse nach Thune

Von Jörn Stachura

Der Ton der Stadtverwaltung wird schärfer gegenüber Eckert & Ziegler. Oberbürgermeister Gert Hoffmann schließt mittlerweile nicht mehr aus, dass es zu rechtlichen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmen kommt.

Der Plan des Berliner Unternehmens, Atom-Müll aus der Asse nach Thune zu fahren und dort für eine Endlagerung aufzubereiten, soll weiterhin mit einer Veränderungssperre vereitelt werden.

Mittwoch hatte der Planungs- und Umweltausschuss einstimmig zugestimmt. Auf diese Weise soll dem Unternehmen die Möglichkeit genommen werden, auf einer Erweiterungsfläche eine Containerhalle zu bauen. Die Halle wird zur Aufbereitung des Atom-Müll benötigt.

Keine Verhandlungen

Die deutlichen Signale aus dem Rathaus scheinen jedoch weniger Eindruck als gedacht zu machen. In einer Pressemitteilung der Verwal-

tung heißt es: Das Unternehmen rücke von seinen Plänen nicht ab und dringe auf ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister. Doch der will nicht: „Was sollen derartige Verhandlungen, wenn unser Standpunkt so völlig unvereinbar mit diesen Überlegungen der Firma Eckert & Ziegler ist. Damit gaukele ich nur dem Unternehmen selbst und der Öffentlichkeit vor, dass es da in diesem Punkt irgend etwas zu bereden oder zu verhandeln gibt. Das ist aber nicht der Fall.“

Ungefährlichkeit behauptet

An seiner Position, so Hoffmann weiter, habe sich nichts geändert: „Wir torpedieren alle Pläne, die irgendwie mit der Asse zusammenhängen im öffentlichen Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und der städtebaulichen Entwicklung des Ortsteils Thune.“

Zu Gesprächen mit Eckert & Ziegler soll es erst kommen, nachdem das Unternehmen Bedingungen erfüllt habe. „Gespräche mit der Verwaltung und erst recht ein Ge-



Der Unternehmensstandort in Thune.

sprach mit dem Oberbürgermeister wird es nicht geben, ehe die Firma nicht schriftlich gegenüber dem Wirtschaftsdezernenten eindeutig von allen Überlegungen Abstand nimmt, irgendwelche Materialien aus der Asse nach Braunschweig zu bringen.“

Doch genau das beabsichtigt

Eckert & Ziegler. In der Mitteilung heißt es: „In der Antwort an die Verwaltung wird diese erwünschte klare Aussage jedoch nicht getätigt. Vielmehr erläutert das Unternehmen seine bisherigen Überlegungen und behauptet die angebliche Ungefährlichkeit des vorgesehenen Vorhabens.“

Verwaltung wappnet sich

Eckert & Ziegler hält dies offenbar weder für wirtschafts- noch bürgerfreundlich. Seitens der Pressestelle des Rathauses heißt es dazu, dies nehme der Oberbürgermeister gelassen in Kauf. „Die Verwaltung rechnet demnächst mit rechtlichen Auseinandersetzungen und wappnet sich dafür.“

Die Nachbarn von Eckert & Ziegler sehen die Entwicklung mit Sorge. Thomas Buchler, Fargus GmbH, die an dortigen Unternehmen zur Chininherstellung und radioaktiven Medikamenten beteiligt ist oder sie besitzt, meint: „Die Veränderungssperre trifft alle Betriebe an der Harxbütteler Straße.“